

3. Löw zwischen den Fronten

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Thurgauer Beiträge zur Geschichte**

Band (Jahr): **155 (2017)**

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

3 Löw zwischen den Fronten

Die Steueruntersuchung in Oberaach 1951 weist Parallelen zum Steiner Handel 1942 auf. Indem Löw die Arbeiterschaft in Geiselnahme nimmt, entzweit er Gewerkschaft und Arbeiterpartei. Mit seiner schlechten Steuermoral steht Löw nicht allein da. Der Steuerskandal spielt auf der Bühne des vielfältigen Schweizer Blätterwalds. Die wichtigste Rolle spielen die sozialdemokratische «Thurgauer Arbeiterzeitung» und die freisinnige «Thurgauer Zeitung». Im Unterschied zu Arbon haben Gewerkschafter und Arbeiterpartei in Amriswil wenig zu sagen.

3.1 Der Löw-Steuerskandal und der Steiner Handel

«Der Steuerfall kam überall in der Zeitung, selbst in den hintersten Krähen im Wallis», sagte Hans Löw junior später, «es war nicht der einzige, aber der einzige, der publik wurde.»³⁰¹ Die Steuerverwaltung hatte seit 1940 insgesamt zwanzig Strafverfahren unter Beizug von Gemeinde- und Polizeibeamten und unter Anwendung von Hausdurchsuchung und Beschlagnahme durchgeführt, gab Bundesrat Ernst Nobs in seiner Interpellationsantwort bekannt.³⁰² Diese Fälle verteilten sich auf die Kantone Zürich, Bern, Luzern, Schwyz, Graubünden, Waadt, Neuenburg und Genf. Mit annähernd gleichem Personaleinsatz wie in Oberaach wurde nur dreimal vorgegangen. Alle zwanzig Fälle erregten nicht das mindeste öffentliche Aufsehen. In Oberaach war es anders, weil die Geschäftsleitung die fristlose Entlassung der Arbeiter und die Schliessung der Betriebe ankündigte. Die unbegreifliche Drohung habe die Bevölkerung von Oberaach und Amriswil tief beunruhigt.

Die hysterisch anmutenden Kommentare der bürgerlichen Presse schweizweit sind aber nur vor dem Hintergrund des innenpolitisch dominierenden Links-Rechts-Konflikts zu verstehen, der trotz Friedensabkommen und der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten weiter bestand.

Bundesrat Nobs liess beim Überblick über die Hausdurchsuchungen den Steiner Handel von 1942 ausser Acht. Dieser betraf nicht die Steuer-, sondern

die Alkoholverwaltung, die allerdings ebenfalls dem Finanz- und Zolldepartement zugehörte. Nobs war nicht involviert gewesen, da er zu jener Zeit noch nicht Bundesrat war. Zur Zeit des Löw-Skandals 1951 gehörte der Fall Steinen noch zum Allgemeinwissen, wie die Zitate des Steuerinspektors Paul Kautz und Mandls Anwalt Kurt Staub belegen. Für Kautz und Staub war Steinen der Referenzpunkt, mit dessen Hilfe sie den Fall Löw einordneten. Kautz betonte in einem Gespräch – während der Durchsuchung in der Firma Löw am 14. März 1951 – den Unterschied der beiden Fälle. Er spielte darauf an, dass in Steinen die Dorfbevölkerung zwei eidgenössische Inspektoren und einen kantonalen Beamten gefangengesetzt und einen davon eine Treppe hinunter geworfen hatte.³⁰³ Als Löw die öffentliche Meinung gegen die Beamten mobilisierte, folgte der Fall Löw dennoch dem Muster von Steinen.

Im Steiner Handel kam die schlechte Lage der Landwirtschaft seit den dreissiger Jahren zum Ausdruck. Die Bauern kämpften besonders in der Inner- und Nordschweiz gegen die eidgenössische Alkoholgesetzgebung, von der sie sich eingeschränkt fühlten. Die Rationierung der Lebensmittel während des Kriegs hinderte sie ausserdem daran, ihre Produkte dem Meistbietenden zu verkaufen.

301 Hans Löw, Interview 2002.

302 BAR, E6300B#1989/70#94*, Interpellationsantwort Nobs.

303 Menner, Alkoholverwaltung, S. 277.

Wie in Steinen herrschte auch in Oberaach ein Gefühl vor, im Bund eine untergeordnete Rolle zu spielen. Das kam im Protest von Nationalrat Alfred Müller zum Ausdruck, wenn er behauptete, weiter westlich im Land hätte sich der Bund ein solches Vorgehen nicht erlaubt.

Zur Konfrontation zwischen der Bevölkerung von Steinen und den Behörden kam es, nachdem ein angesehenener Müller am 19. September 1942 wegen umfangreichen Schwarzhandels verhaftet wurde. Als die Beamten drei Tage danach eine Bestandsaufnahme in der Mülerei vornehmen wollten, wurden sie von der Familie und der Dorfbevölkerung handfest daran gehindert. Die Solidarität mit dem Angeschuldigten liess nach, als der Umfang des Schwarzhandels öffentlich gemacht wurde – ebenso wie im Fall Löw die Empörung über die Steuerverwaltung zusammenbrach, als Löw seine Steuerhinterziehungen gestanden hatte.

Im Unterschied zum Löw-Skandal gab es beim Steiner Handel keine nationale Solidarisierung mit den aufständischen Dorfbewohnern, was nicht nur mit der Pressezensur während des Zweiten Weltkriegs zu erklären ist. «Der Tenor lautete, dass Aufruhr und Freiheit nicht identisch seien und die Beteiligten in erster Linie materielle Interessen verfochten hätten», urteilte Erwin Horat in seiner Analyse des Steiner Handels.³⁰⁴

Ein weiterer Unterschied zum Löw-Skandal: In Steinen setzten die Behörden mit der Zeit tatsächlich unverhältnismässige Machtmittel ein, indem sie 3700 Mann Ordnungstruppen mobilisierten. Sie fürchteten irrtümlicherweise den Beginn eines allgemeinen bäuerlichen Aufstands im Kanton Schwyz. Die fünf Landjäger, die von den Steuerbehörden in Oberaach aufgeboden wurden, stellten im Vergleich dazu ein überaus harmloses Machtmittel dar. Von Gestapo-Methoden konnte keine Rede sein.

3.2 Löw entzweit Partei und Gewerkschaft

Löw nahm seine Arbeiter quasi in Geiselhaft, als er ihnen die Betriebsschliessung androhte. Damit trieb er einen Keil zwischen Arbeiterschaft und Sozialdemokratische Partei. Die Arbeiterschaft solidarisierte sich mit Löw und stellte sich gegen das sozialdemokratisch geführte Finanzdepartement. Redaktor Ernst Rodel von der «Thurgauer Arbeiterzeitung» und der sozialdemokratische Romanshorer Nationalrat Ruedi Schümperli stellten sich der Arbeiterschaft entgegen und verteidigten die Steuerverwaltung und Bundesrat Nobs. Schümperli, der auf Wunsch von Bundesrat Nobs interpellierte, zeigte sich als ehrgeiziger Nachwuchspolitiker.

Aus Sicht des altgedienten sozialdemokratischen Führers Nobs ging er übereifrig ans Werk. Am Tag nach der Behandlung von Schümperlis Interpellation im Nationalrat rief Nobs Nationalrat Alfred Müller, den Präsidenten der Nationalbank, an und sagte ihm, er geniesse nach wie vor sein volles Vertrauen. Er habe gehört, er sei durch die Interpellation Schümperlis bedrückt. Nobs sagte ausserdem, Schümperli sei zu weit gegangen, als er bei der Behandlung der Interpellation im Nationalrat Müllers Namen erwähnt habe.³⁰⁵ Bei Schümperlis Angriff auf Müller handelte es sich laut Nobs um eine «eher nebensächliche Polemik von thurgauisch-lokalem Charakter».³⁰⁶

Als sich Schümperli beim Gewerkschafter Heer erkundigte, wie er Aeschbachers Glaubwürdigkeit einschätzte, sah sich Schümperli zunächst genötigt, seine Haltung zu erklären, da die Stossrichtung seiner Interpellation im Gegensatz zur Loyalitätserklärung

304 Horat, Steiner Handel, S. 115.

305 StATG 6'01'249: Aussage Müller vor Bezirksgericht.

306 StATG 8'663,4/22: Notizen Harald Hubers nach Besprechung mit Schümperli, 30.1.1952. Nobs im Entwurf seiner Zeugenaussage, 14.2.1952.

der Löw-Arbeiter stand. Zwischen den Löw-Arbeitern und ihm bestehe nur ein «vermeintlicher Gegensatz», schrieb Schümperli.³⁰⁷ Vielmehr seien beide Gesichtspunkte berechtigt. «Die Art, wie von interessierter Seite aus gegen die Verwaltung vorgegangen wurde, ist für jeden Sozialisten unerträglich.» Schümperli sprach Heer als «lieben Genossen» an und verabschiedete sich «Mit kameradschaftlichen Grüßen, auch von Gen. Roth». Dazu gab er ihm einen Spartipp: «Wenn Du Deinen Brief adressierst: R. Sch., Nat.-Rat, Bundeshaus, Bern, brauchst Du ihn nicht zu frankieren.» Heer sprach Schümperli daraufhin das volle Vertrauen aus, ebenso der Fraktion «wie auch gegenüber Genosse Bundesrat Nobs».³⁰⁸ Er habe sich «rein vom örtlichen Standpunkt» leiten lassen, schrieb Heer. In Steuerfragen müsse Recht und Ordnung sein.

Nach der Diskussion im Nationalrat bat Heer Schümperli jedoch ausdrücklich darum, jetzt Rücksicht auf die Firma Löw zu nehmen. Schümperli war einverstanden, betonte aber, der Kampf gegen Steuerbetrüger sei nötig. «Unser Verhalten hängt auch von dem der andern ab.»³⁰⁹

Es müssen einige Diskussionen stattgefunden haben, um das gespannte Verhältnis zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaft zu bereinigen. Darauf lässt ein späterer Briefwechsel zwischen dem Gewerkschafter Heer und Nationalrat Schümperli schliessen. Für die Arbeiterschaft habe die Steueraffäre keine nachteiligen Folgen, schrieb Heer an Schümperli am 18. Juli 1951.³¹⁰ In der gesamten Schweizer Schuhindustrie herrsche Vollbeschäftigung. Heer sorgte sich gleichwohl um den Weiterbestand der Firma, wollte aber «nicht noch einmal die Grundsätze von Partei und Gewerkschaft verletzen».

Willy Löw habe sich über Schümperlis Angriff im Nationalrat beschwert, teilte Heer Schümperli mit. Er und sein Bruder Hans hätten nichts gewusst vom Vergehen des Vaters. Hans Löw junior verreise vier Wochen in die Ferien wegen des Zustands seiner Nerven.

Heer regte eine Aussprache an zwischen Schümperli und den Gebrüdern Löw. Schümperli antwortete erst am 16. Oktober 1951; offenbar hatte Heer mittlerweile nachgehakt.³¹¹ «Es tut mir leid, dass du mein langes Schweigen persönlich aufgefasst hast!» Er entschuldigte sich mit seinen vielen Ämtern und ausserdem: «Wir haben diesen Sommer ein eigenes Häuschen gebaut.» Schümperli sagte zu, in Oberaach zu referieren und vorher die Gebrüder Löw zu treffen.

3.3 Firmen umgehen die Kriegsgewinnsteuer

General Henri Guisan war persönlich zur Anprobe in Oberaach erschienen.³¹² Wie sein Stab hatte sich der Oberbefehlshaber der Schweizer Armee von Löw massgefertigte Offiziersstiefel herstellen lassen. Löw war während des Zweiten Weltkriegs zu einem der grössten Lieferanten von Militärschuhen geworden. 1941 bis 1943 kam die Hälfte seines Umsatzes von Armeebestellungen.³¹³

Viele Unternehmen machten während des Kriegs dank der steigenden Staatsausgaben gute Gewinne. Die Kriegsgewinnsteuer sollte einen Teil dieser zusätzlichen Gewinne, auch bei den Löhnen, abschöpfen, um die staatlichen Käufe zu finanzieren. Damit sollte eine wesentliche Quelle der Kriegsinfla-

307 StATG 8'663, 4/35: Schümperli an Heer, Brief vom 3.4. 1951.

308 StATG 8'663, 4/35: Heer an Schümperli, Briefe vom 5. und 6.4.1951.

309 StATG 8'663, 4/36: Aussage Schümperli vor Gericht.

310 StATG 8'663, 4/35: Heer an Schümperli, Brief vom 18.7. 1951.

311 StATG 8'663, 4/35: Schümperli an Heer, Brief vom 16.10. 1951.

312 Ortsmuseum, Leder- und Schuhherstellung, S. 8.

313 Länzlinger/Meyer/Lengwiler, Amriswil.

tion abgeschwächt und ein Unruheherd in der öffentlichen Meinung eliminiert werden.³¹⁴ Schon 1939 setzte sich der sozialdemokratische Nationalrat und spätere Bundesrat Max Weber für eine Kriegsgewinnsteuer ein. Die normalen Gewinne sollten nicht angefasst werden, erklärte er im Parlament. «Doch was darüber hinausgeht, muss der Wehrpflicht des Besitzes ebenfalls unterliegen.»³¹⁵ Die Kritik an den Kriegsgewinnen war breit, wie eine Motion vom Juni 1940 zeigte, die von Parlamentariern fast aller Parteien unterzeichnet wurde.³¹⁶

Der Umbau des fiskalischen Abschöpfungssystems 1940 bis 1944 kann laut dem Zürcher Historiker Jakob Tanner in seiner Langzeitbedeutung kaum überschätzt werden.³¹⁷ Der Bund habe sich jene Steuerquellen erschlossen, mit denen er seine Ausgaben während des beschleunigten Wirtschaftswachstums nach dem Krieg deckte. Bis 1915 hatte der Bund nur indirekte Abgaben erheben dürfen. In erster Linie hatte er sich durch Zölle finanziert.³¹⁸ Danach gab es nur provisorische Lösungen. Gestützt auf seine Sondervollmachten führte der Bundesrat 1940 die Kriegsgewinnsteuer ein, die ihrer Vorläuferin aus dem Ersten Weltkrieg nachgebildet war. Im folgenden Jahr erhöhte er den Satz auf eine Bandbreite von 50 bis 70 Prozent.³¹⁹ Er beschloss 1941 auch eine Warenumsatzsteuer, eine Wehrsteuer und eine als Wehropfer bezeichnete einmalige Vermögensabgabe.³²⁰ 1942 erhöhte er die Steuersätze und führte zusätzlich eine Luxussteuer ein.³²¹ Nach dem Krieg blieb aber vor allem die Warenumsatzsteuer bestehen, die anderen Abgaben liefen 1947 aus. Die Kriegsgewinnsteuer wurde auf Ende 1946 aufgelöst und durch eine zusätzliche Wehrsteuer abgelöst. Diese war befristet bis 1949, dem Jahr der definitiven Beseitigung der Kriegswirtschaft. Danach gab es weitere Übergangsordnungen. Als steuerbarer Kriegsgewinn galt jeweils der Betrag, um den der Reinertrag eines Steuerjahres den durchschnittlichen Reinertrag in den Vorkriegsjahren überstieg.³²²

Die Kriegsgewinnsteuer des Ersten Weltkriegs hatte von 1914 bis 1925 insgesamt einen Bruttoertrag von 732 Millionen Franken abgeworfen. Während des Zweiten Weltkriegs, von 1939 bis 1946, brachte sie nur 706 Millionen Franken.³²³ Gemäss einer Untersuchung von Olivier Longchamp von 2006 wurden sehr wohl Kriegsgewinne erzielt. Das Steueraufkommen blieb aber gering aufgrund der Weise, wie die Steuer konzipiert wurde, und der Art, wie sie erhoben wurde. Insbesondere bei der Bewertung der Lagerbestände konnten sich die Wirtschaftsverbände ein Steuerschlupfloch sichern.³²⁴ Das Ziel der Kriegsgewinnsteuer war nicht in erster Linie, Einnahmen zu erzielen.³²⁵ Der Steuerverwaltung wurde schnell klar, dass die Kriegsgewinne versteckt wurden. Der politische Wille war jedoch begrenzt, die Hinterziehung der Kriegsgewinnsteuer zu bekämpfen. Man vertraute darauf, dass eine strenge Formulierung des Gesetzes davon abschreckte, allzu offensichtliche Kriegsge-

314 Tanner, Bundeshaushalt, S. 208, 211, 213. UEK, Schweizerische Aussenwirtschaftspolitik, S. 354.

315 UEK, Schlussbericht, S. 90. Mit Verweis auf: Stimme der Arbeit, 7.9.1939, Nr. 9. Zitiert nach: Eichenberger, Handelsbeziehungen. BAR, E1301#1960/51#342*: Nationalratssitzung vom 18.9.1940.

316 UEK, Schweizerische Aussenwirtschaftspolitik, S. 354.

317 Tanner, Bundeshaushalt, S. 74.

318 Spindler-Bretscher, Krieg, S. 202.

319 Longchamp, Profits de guerre, S. 135. Die Kriegsgewinnsteuer reichte bis 70 Prozent, bestätigt Hafner, Stampfli.

320 Tanner, Bundeshaushalt, S. 211. Kästli, Nobs, S. 214. Laut Jost, Politik und Wirtschaft, S. 18, wurde das Wehropfer 1940 und 1942 erhoben.

321 Spindler-Bretscher erwähnt zusätzlich eine Verrechnungssteuer.

322 Longchamp, Profits de guerre, S. 134.

323 Stockar, Kriegsgewinnsteuer, in: e-HLS, Version vom 21.2.2005, mit Verweis auf Oechlin, Bundessteuersystem. Longchamp, Profits de guerre, zitiert: Historische Statistik der Schweiz, S. 956.

324 Longchamp, Profits de guerre, S. 140.

325 Longchamp, Profits de guerre, S. 132.

winne einzustreichen.³²⁶ Die Sektion Kriegsgewinnsteuer in der Eidgenössischen Steuerverwaltung litt unter Personalmangel. Die durchschnittlich 74 Stellen, die sie umfasste, wurden während der dreizehn Jahre ihrer Existenz von 374 Personen besetzt. Jeder Posten wurde im Schnitt vier Mal neu besetzt. Man sprach von einer Mode der Firmen, ihre vormaligen Steuerkontrolleure als Berater zu engagieren.³²⁷

Die Steuerpflichtigen meldeten ihre Gewinne kaum an. Im August 1946 bilanzierte Camille Higy, der Chef der Abteilung Kriegsgewinnsteuer in der Eidgenössischen Steuerverwaltung: «Von Anfang an, besonders aber seit Erhöhung der Steuersätze im Jahre 1941, ist uns die Arbeit durch die Steuerpflichtigen und die Steuerberater erschwert worden. Die Tendenz geht dahin, keinen steuerbaren Kriegsgewinn zu deklarieren. Durch erhöhte Abschreibungen, Rückstellungen, Salärerhöhungen und dgl. wird der Gewinn manipuliert.»³²⁸

Löw stand mit seiner schlechten Zahlungsmoral bei Steuerzahlungen nicht allein.

Die aufwendigen Steuerrevisionen lohnten sich für den Fiskus. Allein im August 1945 brachten 340 Steuerrevisionen 9,3 Millionen Franken ein, wobei nur 2,4 Millionen Franken deklariert worden waren. Dabei hatten sich die Inspektoren zuvor angemeldet.³²⁹ Die Inspektoren verglichen Angaben von Lieferanten und Empfängern und entdeckten so typische Hinterziehungen, etwa durch überhöhte Rechnungen. Stellte die Abteilung Kriegsgewinnsteuer Steuerverfahren fest, so meldete sie diese den Abteilungen der Steuerverwaltung, die für Warenumsatzsteuer, Wehrsteuer und Wehropfer zuständig waren.

Die Zahl der Rekurse war sehr hoch. Gemäss einer Bilanz von 1954 zählte man einen Rekurs auf drei Steuerpflichtige. Dies erklärt, weshalb die Abteilung Kriegsgewinnsteuer bis 1952 bestehen blieb. Die letzten Zahlungen der Kriegsgewinnsteuer gingen 1958 ein.³³⁰ Angesichts der Schwierigkeiten konzentrierte sich die Abteilung Kriegsgewinnsteuer auf jene

Firmen, die in der Lage waren, wichtige Kriegsgewinne einzufahren. Als es 1948 darum ging, die Abteilung aufzulösen, gab Higy den Inspektoren die Anweisung, nicht den maximalen Ertrag anzustreben, sondern «in Ermessensfragen einen vernünftigen Kompromiss zu suchen und sich nicht auf einen rein fiskalischen Standpunkt zu versteifen.»³³¹

3.4 «Thurgauer Zeitung» gegen «Thurgauer Arbeiterzeitung»

Im Löw-Skandal stellten die Zeitungen die Öffentlichkeit her, ohne die ein Skandal nicht stattfinden kann. Die Hauptrollen hatten die beiden führenden Thurgauer Parteizeitungen inne. Die «Thurgauer Zeitung» aus dem Kantonshauptort Frauenfeld verstand sich als Sprachrohr der Thurgauer Freisinnigen, während die «Thurgauer Arbeiterzeitung» aus der sozialdemokratischen Hochburg Arbon das offizielle Organ der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Thurgau war. Akzentuiert wurde die Parteibindung dadurch, dass beide Zeitungen 1951 vom jeweiligen Parteipräsidenten geführt wurden. Bei der «Thurgauer Arbeiterzeitung» war es der 50-jährige Alleinredaktor Ernst Rodel, bei der «Thurgauer Zeitung» der 58-jährige Chefredaktor Edwin Altwegg, der eine kleine Redaktion leitete, zu der Dr. Ernst Nägeli, E. B. Gross und Dr. Werner Rath gehörten.³³² Wenn sie mit heiligem

326 Longchamp, Profits de guerre, S. 133.

327 Longchamp, Profits de guerre, S. 135.

328 Bericht über die Veranlagung der Kriegsgewinnsteuer und die Beschleunigung des Verfahrens, 7.8.1946, zitiert nach: Longchamp, Profits de guerre, S. 136.

329 Longchamp, Profits de guerre, S. 136.

330 Longchamp, Profits de guerre, S. 137.

331 Stand der Kriegssteuerliquidation, 24.3.1948, zitiert nach: Longchamp, Profits de guerre, S. 137.

332 TZ, erwähnt unter anderem in der Ausgabe vom 12.1.1952.

Eifer in die Tasten griffen, informierten die Chefredaktoren nicht nur, sie machten auch Politik. Dank ihrer Stellung als Parteipräsidenten konnten sie ihrem Lager die Leitlinien vorgeben. Beide kommentierten die Äusserungen ihres Gegenübers scharf und polemisch.

Der Chefredaktor der «Thurgauer Zeitung», Edwin Altwegg, wurde 1893 als Sohn eines Bauern und Stickereifabrikanten im thurgauischen Sulgen geboren.³³³ Er absolvierte in Lausanne, Berlin und Bern ein Jusstudium, das er mit dem Dokortitel abschloss. Er wurde Thurgauer Staatsschreiber, wechselte 1932 als Inlandredaktor zur «Thurgauer Zeitung», deren Chefredaktor er 1939 wurde. Als Inlandredaktor nahm er sich vor, den grobschlächtigen Stil seines Vorgängers nicht weiterzuführen. «Die Zeit für grössere Besonnenheit und bessere Umgangsformen im politischen Kampf war gekommen», schrieb er in seinen Erinnerungen.³³⁴ Er legte Wert auf eine gepflegte Sprache und setzte sich für die Bauern und die AHV ein. Zum freisinnigen Kantonalpräsidenten gewählt wurde Altwegg auf Vorschlag seines Vorgängers Alfred Müller, «da ich das aktivste unter den Vorstandmitgliedern zu sein schien».³³⁵ Wie Schümperli schätzte auch Altwegg den Theologen Leonhard Ragaz; er bezeichnete ihn als «Vertreter eines Glaubens, von dem der gute Geist der Solidarität mit allen Mitmenschen ausströmt.»³³⁶ Altwegg verteidigte als Journalist und Präsident der evangelischen Synode des Kantons Thurgau dennoch die anpasserische Politik von Bundesrat Marcel Pilet-Golaz während des Zweiten Weltkriegs und unterstützte den Entscheid des Bundesrats, die Grenze für Flüchtlinge zu schliessen.³³⁷ «Wir an der Thurgauer Zeitung hielten dafür, es sei in so kritischen Zeiten solange und soweit immer möglich zur Regierung zu halten, die unser Vertrauen genieesse», begründete Altwegg diese Haltung rückblickend.³³⁸ Als der Chefredaktor des Schweizerischen Evangelischen Pressedienstes, Arthur Frey, den Bundesrat wegen der Grenzschliessung kritisierte, warf Altwegg Frey in einem Kommentar böswillige Ver-

leumdung vor. Frey zog Altwegg deswegen vor ein journalistisches Ehrengericht. Dieses entschied einstimmig gegen Altwegg.³³⁹

Altwegg versuchte mit seinen innenpolitischen Kommentaren die Linke vor dem Kommunismus zu bewahren: «Wieviel habe ich mich mit den Sozialisten befasst, die ich dahin bringen wollte, dass sie aus Marxisten Sozial-Demokraten würden! Ich bilde mir ja nicht ein, durch meine Schreiberei etwas zustandegebracht zu haben. Dagegen möchte ich festhalten, zu welch grosser Genugtuung es mir wurde, als die politische und die soziale Entwicklung einen so günstigen Verlauf nahm; wie es tatsächlich geschehen ist.»³⁴⁰ Beim Kurswechsel der Sozialdemokraten gehörte laut Altwegg der frühere Redaktor der «Thurgauer Arbeiterzeitung», Otto Kunz, zu den ersten, die für die «vaterländische Umkehr» eintraten.³⁴¹ Sein Nachfolger, Ernst Rodel, «bekämpfte noch eine Zeitlang die neue Richtung der Gewerkschaftspolitik, wurde aber dafür bald in den eigenen Reihen als Kommunist verschrien. Er lernte mit der Zeit ebenfalls gründlich um.»³⁴²

Beispielsweise warf Altwegg Rodel 1947 in einem Artikel vor, für die sowjetische Planwirtschaft zu schwärmen. Rodel erinnerte ihn in seiner Antwort an die nazifreundlichen Kommentare der «Thurgauer Zeitung» um 1940; er gab Altwegg aber dennoch

333 Salathé, Altwegg Edwin (1893–1984), in: e-HLS, Version vom 5.6.2001.

334 Altwegg, Lebenserinnerungen, S. 72.

335 Altwegg, Lebenserinnerungen, S. 102.

336 Altwegg, Lebenserinnerungen, S. 107.

337 Ritzi/Müller, Thurgauer Kirche im Zweiten Weltkrieg, Zusammenfassung S. 4 und 6.

338 Altwegg, Lebenserinnerungen, S. 80.

339 Ritzi/Müller, Thurgauer Kirche im Zweiten Weltkrieg, Zusammenfassung S. 7.

340 Altwegg, Lebenserinnerungen, S. 82.

341 Altwegg, Lebenserinnerungen, S. 83.

342 Altwegg, Lebenserinnerungen, S. 84.

recht: «Unsere positive Einstellung zur Planwirtschaft in Sowjetrussland datiert nicht von heute. Wir haben die Organisation der russischen Wirtschaft vor zwanzig Jahren als eine Tat im Sinne der Entwicklung zu höheren Gesellschaftsformen betrachtet und wir mussten unsere Auffassungen nie korrigieren.»³⁴³

Der Redaktor der «Thurgauer Arbeiterzeitung», Ernst Rodel, kam als Sohn eines Buchhalters in der Seetaler Strohindustrie 1901 im aargauischen Fahrwangen zur Welt. Aus einer kaufmännischen Lehrstelle bei der Schweizerischen Bankgesellschaft wurde er entlassen. Er hatte in einem Zeitungsartikel über einen Schulkameraden geschrieben, der als Verdingbub von einem Grossbauern zu Tode gequält worden sei; der Grossbauer setzte sich gegen die Vorwürfe zur Wehr.³⁴⁴ Rodel legte eine Zweitweg-Matur ab und studierte in Bern Nationalökonomie. Noch vor Studienabschluss begann er bei der sozialdemokratischen «Seeländer Volksstimme» in Biel zu schreiben. Zwischen 1929 und 1935 arbeitete er beim «Freien Aargauer», der Zeitung der Aargauer Sozialdemokraten. Nach einem kritischen Artikel über die Seetaler Strohindustrie verloren sein Vater und sein Bruder ihre Stellen. Beim «Freien Aargauer» fehlte Rodel die Entfaltungsmöglichkeit, da ihm Chefredaktor Arthur Schmid jede Selbständigkeit verweigerte.³⁴⁵ 1935 fand Rodel seine Lebensstelle bei der «Thurgauer Arbeiterzeitung» in Arbon, wo er unter anderem gegen die nationalsozialistischen Frontisten anschrieb.³⁴⁶ In Pension ging er 1970 im Alter von 69 Jahren. Seine Arbeit bei der sozialdemokratischen Presse verband er immer mit politischen Ämtern. Er war nacheinander Präsident der sozialdemokratischen Parteien der Städte Biel, Aarau und Arbon und von 1941 bis 1962 Präsident der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Thurgau. 1929 bis 1935 sass er im aargauischen Kantonsparlament, dem Grossen Rat, von 1936 bis 1962 im thurgauischen Grossen Rat, zudem von 1954 bis 1962 im Nationalrat. Sein grösstes Engagement widmete er

der Lokalpolitik in Arbon, wo er von 1937 bis 1961 dem Ortsverwaltungsrat angehörte und wo die Sozialdemokraten bei einigen Wahlgängen die absolute Mehrheit der Stimmen gewannen. Am 22. Mai 1950 scheiterte Rodels Kandidatur für den Verwaltungsrat des Elektrizitätswerk des Kantons Thurgau, wo er als Vertreter der Sozialdemokraten Einsitz nehmen sollte. Der Thurgauer Grosse Rat wählte an seiner Stelle den Arboner Gemeindeammann Hayoz. «Redaktor Rodel ist nun einmal als ein sozialistischer Agitator mit starken Sympathien für den Kommunismus im ganzen Kanton klassiert», kommentierte die «Thurgauer Zeitung».³⁴⁷

Nebst der «Thurgauer Zeitung» zählte die «Schweizerische Bodensee-Zeitung» in Romanshorn zum freisinnigen Lager. Alleinredaktor der Bodensee-Zeitung war Fred Sallenbach, im Nebenamt Präsident der Romanshorner Sektion der Freisinnigen Partei, später jahrzehntelang im Thurgau tätiger Politikjournalist und Musikkritiker. Freisinnig waren ausserdem das «Thurgauer Tagblatt» in Weinfelden und der «Thurgauer Volksfreund» in Kreuzlingen. Auch der «Amriswiler Anzeiger» gehörte zum freisinnigen Lager, obwohl er eine gewisse Distanz zur Partei betonte. Er erschien nur am Montag, Mittwoch, Donnerstag und am Samstag, woher der Name «Allandertag-Blatt» kam.³⁴⁸ Oskar Reck, Alleinredaktor seit 1946, wurde 1920 im aargauischen

343 TAZ, 12.4.1947.

344 Nachruf von Peter Gubser in der SBZ, 2. 4.1993. Keller, Rodel, S. 246.

345 Keller, Rodel, S. 248.

346 Nachruf von Peter Gubser in der SBZ, 2. 4.1993. Salathé, Rodel Ernst, in: e-HLS, Version vom 2.12.2011.

347 TZ, 23.5.1950.

348 www.ezytig.ch: Artikel von Gehrenberg, Johann Baptist: Besprechung des Buchs «Journalismus aus Leidenschaft. Oskar Reck – Ein Leben für das Wort», hrsg. von Oppenheim, Roy; Steinmann, Matthias; Zölch, Franz A., Bern 2003.

Niederlenz geboren.³⁴⁹ 1960 wechselte er als Chefredaktor zur «Thurgauer Zeitung», als Nachfolger von Edwin Altwegg. In seinen späteren Jahren machte sich Reck schweizweit einen Namen als Publizist. «Oskar Reck war ein glänzender Schreiber, ein hervorragender Stilist. Schon seine früheren Texte sind Zeugnisse seiner Sprachkunst, und was er schrieb, war stets dem literarischen Essay näher als der Story eines amerikanischen Polizeireporters», würdigte ihn der Publizistikprofessor Roger Blum bei seinem Tod 1996.³⁵⁰ Reck war Mitglied der Freisinnig-Demokratischen Partei und vertrat sie von 1953 bis 1955 im Thurgauer Grossen Rat.

Die «Bischofszeller Nachrichten» und die «Thurgauer Volkszeitung» in Frauenfeld zählten zur katholischen Partei, während die Sympathien des Arboner «Oberthurgauers» freisinnig-katholisch gemischt waren. Anfang der fünfziger Jahre erschienen im Kanton 15 unabhängige Zeitungen täglich oder mehrmals wöchentlich. Ausser den erwähnten zählten dazu: «Volksblatt vom Hörnli», «Bischofszeller Zeitung», «Anzeiger vom Rhein», «Bote vom Untersee», «Thurgauer Anzeiger», «Thurtaler Anzeiger».³⁵¹ Der Redaktionsschluss lag in der Regel morgens, wie etwa am Rubrikentitel der «Thurgauer Arbeiterzeitung» «Letzte Nachrichten bis neun Uhr morgens» erkennbar war.³⁵² Zur Kenntnis genommen wurden im Thurgau auch ausserkantonale Zeitungen, zuvorderst die «Neue Zürcher Zeitung», aber auch die «Appenzeller Zeitung», «Die Tat» des Migros-Gründers Gottlieb Duttweiler und etwa die «Basler Nachrichten». Andere Medien spielten politisch kaum eine Rolle, jedenfalls nicht auf kantonaler und lokaler Ebene. Es gab ein einziges nationales Radioprogramm. Das erste Testbild des Fernsehsenders Uetliberg konnte man in Amriswil erst am 29. Juli 1953 empfangen.³⁵³

3.5 Die Amriswiler Industrie und der Gewerkschafter

Eine gute Beziehung pflegte Hans Löw senior zum Arbeitervertreter Jean Heer. «Schang», wie er genannt wurde,³⁵⁴ galt als sein Vertrauter.³⁵⁵ Der 1889 geborene Heer musste früh seiner Familie helfen, weshalb er nach dem Schulaustritt in die Schuhfabrik eintrat, wo er in der Gerberei seine Lebensstelle fand. Er war Vertreter der Arbeiterkommission, machte in der Schule und der Ortsbehörde mit, sass lange Jahre für die Sozialdemokraten im Grossen Rat. «Gerade, offen und unabirrbar, aufgeschlossen und tatkräftig» sei er für seine Sache eingestanden, hiess es in seinem Nachruf.³⁵⁶ Aber das «Menschliche und seine Herzensgüte» seien immer die stärkeren Kräfte gewesen. Sein Kampf für die Arbeiterschaft habe deshalb einen versöhnlichen und verbindlichen Charakter gehabt.

Als Gewerkschafter hatte Heer in Amriswil einen schweren Stand. Es gab keine wirksame Arbeitnehmervertretung oder eine starke sozialdemokratische Partei wie im roten Arbon oder im zeitweise ebenso

349 Kleine Industriegeschichte von Amriswil, in: Amriswiler Schreibmappe 1954.

350 www.ezytig.ch, wie Anmerkung oben.

351 Gemäss einer Meldung des Amriswiler Anzeigers vom 1.12.1951 erhöhten 15 Thurgauer Verleger die Abo-Gebühren. Der «Oberthurgauer» gab die Abo-Erhöhung am Freitag, 30.11.1951, bekannt und begründete sie mit der Erhöhung der Posttaxen; er listete die anderen Zeitungen namentlich auf.

352 Thurgauer Arbeiterzeitung; so in der Ausgabe vom 10.2.1953.

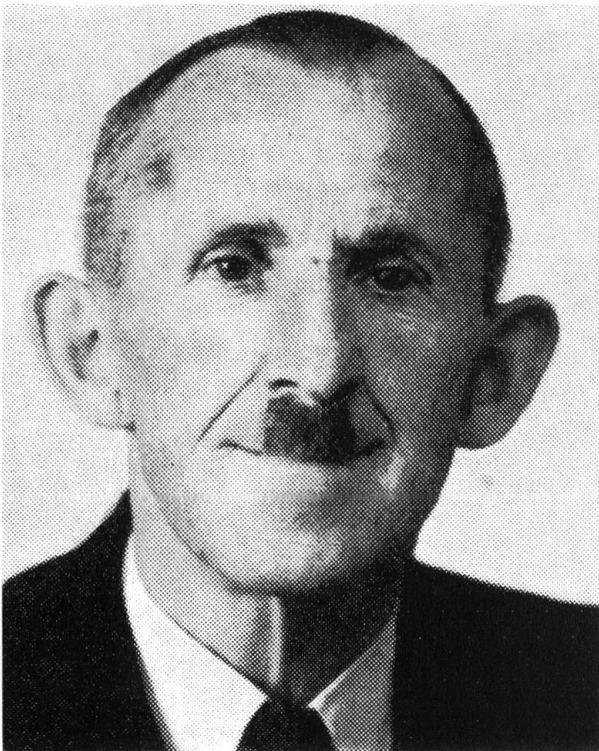
353 Inserat «Fernsehen ist da!» in der Amriswiler Schreibmappe 1954.

354 Werner Meier, Interview 2010.

355 «Sein alter Vertrauter Jean Heer»: StATG 4'350'30: EJPD-Bericht, S. 19.

356 Heer starb 1958. Nachruf, Amriswiler Schreibmappe 1960.

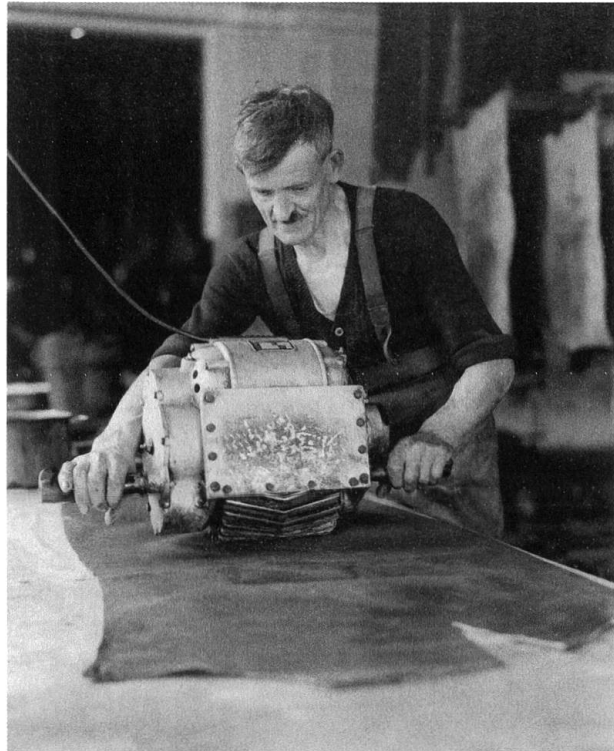
Abb. 16: Jean Heer (1889–1958), Gerber, Arbeitervertreter der Firma Löw und Kantonsrat der Sozialdemokraten.



oten Romanshorn.³⁵⁷ Der Grund lag in der dominanten Textilindustrie, die der Mode unterworfen war wie kaum eine Branche. Die Schwankungen konnten zum Zusammenbruch einer Unternehmung führen. Arbeiterinnen und Arbeiter fürchteten um ihren Arbeitsplatz und trauten sich nicht, sich gegen die Textilbarone zu stellen. Diese beschäftigten vor allem Frauen und verhinderten die Ansiedlung einer Industrie mit Arbeitsplätzen für Männer in Amriswil, wie es die Metallindustrie gewesen wäre.³⁵⁸ Sie hätten die Löhne nicht mehr diktieren können. Männer aus der Region Amriswil fuhren deshalb täglich in grosser Zahl mit Bussen zur Arbeit bei der Lastwagenfabrik Saurer in Arbon. Die Vormacht verloren die Unternehmer erst, als nach 1970 die Textilindustrie zurückging.

Löw als grösster Arbeitgeber ausserhalb der Textilbranche beschäftigte fast ausschliesslich ungerne Arbeitskräfte trotz seiner Bemühungen um die

Abb. 17: Mann in der Glätterei der Schuhfabrik Löw beim sogenannten Ausstossen, wodurch das Leder glatt und flach wurde.



Berufsbildung.³⁵⁹ Männer arbeiteten bei ihm in der Zuschneiderei, in der Montage, im Ausputz und in der Gerberei. Frauen arbeiteten in der Näherei. Bei der Finissage arbeiteten beide Geschlechter. Die Schweizer Schuhindustrie suchte allgemein ihre

357 In der Sektion Oberaach laufe nicht viel, schrieb Jean Heer am 18. Juli 1951 an den sozialdemokratischen Nationalrat Rudolf Schümperli und lud ihn ein, im August ein Referat zu halten: StATG 8'663, 4/35. «Eine Vertretung der Arbeitnehmer im Sinne von Gewerkschaften oder Parteien gab es so gut wie nicht», stellte eine Gruppe von Absolventen der HWV St. Gallen 1983 in ihrer Diplomarbeit fest: Brunner et al., Amriswil.

358 Werner Meier, Interview 2010. Laut Brunner et al., Amriswil, verstand es der 1911 gegründete Industrieverein Amriswil als Fabrikantenverein, zu Zeiten einer starken Bekleidungsindustrie und der Schifflistickerei-Betriebe die Metallindustrie von Amriswil fernzuhalten.

359 Brunner et al., Amriswil.

Abb. 18: Frauen – oft ungelernte Arbeiterinnen – in der grossen Näherei der Firma Löw.



Standorte auf dem Land abseits der grösseren Städte.³⁶⁰ Ihr kam es darauf an, möglichst billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben. Die Bauerndörfer Amriswil und Oberaach kamen dafür in Frage, da sie sich dank der 1855 eröffneten Nordostbahn-Linie Romanshorn – Winterthur als Industriestandorte entwickelten. Die erste Schuhfabrik der Region entstand 1864 an der Bahnhofstrasse in Amriswil: Die Firma Hünerwadel und Schilpin stellte Schuhe und Schäfte her.³⁶¹ Ein J. J. Nägeli übernahm den Betrieb, später wurde daraus die Firma Nägeli & Roth und schliesslich die Schuhfabrik Amriswil AG, deren Schuhe unter dem Markennamen Helvetia bekannt wurden. Nachdem sie 1922 von Löw übernommen wurde,³⁶² entstand in Amriswil erst ab 1936 wieder eine von Löw unabhängige Schuhfabrik. In einem Saal der ehemaligen Stickerei William Meyer & Cie an der Alpen-

strasse produzierte Josef Zimmermann Hausschuhe, später Gebrauchsschuhe. In den fünfziger Jahren beschäftigte der Betrieb etwa 180 Personen.

In dieser Zeit befanden sich die Arbeiter dank der guten Konjunktur in einer vergleichsweise komfortablen Lage. Die Arbeitslosenquote belief sich 1953 auf 0,1 Prozent. Ende Mai 1953 zählte man im ganzen Thurgau neun Stellensuchende, acht Männer und eine Frau. Davon waren nur fünf Männer und die Frau ganz arbeitslos.³⁶³

360 Neumann/Weckerle, Leder- und Schuhindustrie, S. 51.

361 Degenhart, Amriswiler Schuhindustrie, S. 43.

362 Der bisherige Inhaber August Roth gründete eine Bank, die nach einer langen Geschichte 1999 in der Swissfirst AG aufging.

363 Oberthurgauer, 1.7.1953.

Nach Jean Heers Rücktritt aus dem Grossen Rat verloren die Sozialdemokraten bei den Grossratswahlen vom 26. März 1950 im Bezirk Bischofszell einen von fünf Sitzen.³⁶⁴ Die Wahlen brachten im ganzen Kanton einen Rechtsrutsch.³⁶⁵ Die bäuerlich-freisinnige Allianz gewann 4 Mandate und kam auf 63 Sitze, was die absolute Mehrheit bedeutete. Die gesamte Zahl der Sitze im Grossen Rat erhöhte sich von 122 auf 124; damals war sie noch nicht auf 130 fixiert wie später. Auf je 350 Stimmberechtigte entfiel ein Mandat.³⁶⁶ Der neue Grosse Rat setzte sich aus drei Blöcken zusammen:³⁶⁷

- 30 Freisinnige und 33 Bauern, die in einer Fraktion zusammengeschlossen waren
- 29 Sozialdemokraten
- 20 Angehörige der Katholischen Volkspartei und 8 Christlichsoziale, dazu ein Demokrat, ein Freiwirtschaftler und ein Jungliberaler.

Im Bezirk Bischofszell gingen von 1025 Stimmberechtigten 793 an die Urne. Die Wahlbeteiligung betrug 80 Prozent. «Man kann sich fragen, ob das bei einer so wichtigen Wahlangelegenheit genug sei», schrieben die katholischen «Bischofszeller Nachrichten».³⁶⁸ Der Kommentator ärgerte sich über die Freisinnigen; diese hätten mit ihrer separaten Bauernliste auch katholische Bauern umworben – nach den Wahlen habe jedoch das freisinnige Sprachrohr, die «Thurgauer Zeitung», die gewählten Kandidaten der Bauernliste den Freisinnigen zugerechnet, ohne einen Unterschied zu machen.

Zeitweise kamen drei Kantonsräte aus dem Löw-Betrieb.³⁶⁹ Einer davon war Hans Löw junior, der 1950 auf der freisinnigen Liste gewählt wurde.

364 Bei den Wahlen vom 26. März 1950 war er nicht mehr Kandidat: Bischofszeller Nachrichten, 28.3.1950. Insgesamt erhielt die SP-Liste 7760 und die christlich-soziale Liste 2055 Stimmen. Demgegenüber standen die 8255 Stimmen der freisinnigen Liste, die 3821 der Bauern-Liste und die 3141 der Katholischen Volkspartei.

365 Bischofszeller Nachrichten, 27.3.1950.

366 Bischofszeller Nachrichten, 11.2.1953.

367 Bischofszeller Nachrichten, 27.3.1950.

368 Bischofszeller Nachrichten, 27.3.1950.

369 Hans Löw, Interview 2002.